

Margit Mayer Aufstand in Los Angeles

Siebenundzwanzig Jahre nach den »Watts Riots« brach in Los Angeles wieder Aufruhr aus - mit »Nachbeben« in Las Vegas, Atlanta, Seattle, Tampa und anderen Großstädten. Ausgelöst durch den Freispruch vier weißer Polizeibeamter, deren brutales Zusammenschlagen eines Schwarzen die Nation dank eines Zufalls ausnahmsweise mitbezeugen konnte, entluden sich Protest, Wut und Gewalt in amerikanischen Innenstädten, die in vielem an die überwunden geglaubten Rassenunruhen der 60er Jahre erinnerten. Der Ausbruch an Gewalt legte aber auch die tiefe Kluft bloß, die sich während der »booming 80s«, von der breiten Öffentlichkeit unbemerkt, durch die amerikanische Gesellschaft gegraben hat: nach 36 Stunden Anarchie und Terror wurde sie plötzlich anerkannt, in allen Medien und von den wahlkämpfenden Politikern thematisiert und (re-)definiert: die Kluft zwischen Weiß und Farbig, die Kluft zwischen Suburbia und Innenstadt.

Die Gewalt war heftiger als in früheren städtischen Unruhen. Diesmal kostete der Aufstand 58 Tote,¹ 2.400 Verletzte, und insgesamt 12.000 Verhaftete.² Der Sachschaden betrug etwa \$ 700 Millionen, 5.000 Geschäfte wurden beschädigt oder zerstört, circa 15.000 Jobs gelten als längerfristig verloren. Vor allem betroffen war der Stadtteil South Central, nur wenige Meilen von den gleißenden Hochhäusern Downtown LA's entfernt, aber fast ausschließlich von Schwarzen und Hispanics bewohnt. Zwar brannte es diesmal auch in Downtown, Inglewood, Long Beach. Es wurden auch in einigen reicheren Vierteln Supermärkte und shopping malls geplündert und Institutionen angegriffen (z.B. das Gerichtsgebäude, ein Gebäude der LA Times u.a.), die meiste Zerstörung jedoch traf Gegenden, die bereits vor den riots verarmt und verödet, von Industrie und Mittelklassen verlassen und von Stadtentwicklungsprogrammen vernachlässigt, die Schattenseite des Aufstiegs von Los Angeles zur internationalen Metropole darstellten.

Zwischen 1978 und 1982, als die kalifornische Wirtschaft noch expandierte, verloren South Central und umliegende Gemeinden 70.000 ein-

1 Von den Getöteten sind 26 schwarz, 18 hispanic, 10 weiß, 2 asiatisch. Die Polizei erschoss 9 »rioters«. Polizisten sind keine umgekommen.

2 Vom 30. April bis 4. Mai wurden 5,438 Menschen verhaftet: 2,764 Hispanics, 2,022 Schwarze, 568 Weiße.

trägliche Arbeitsplätze in der Industrie. 75% der lokalen Automobil-, Reifen-, Stahl, und Zivilflugzeugindustrie wurden abgebaut. Firmen wie General Motors und Bethlehem Steel entließen ihre Arbeiter und machten dicht bzw. wanderten ab. Statt ihrer entstanden in den fünf Counties von Los Angeles ca. 1,3 Millionen neue Arbeitsplätze - in High-Tech Sektoren (v.a. Luft- und Raumfahrttechnik), produktionsorientierten Dienstleistungssektoren sowie in den neuen Niedriglohnsektoren v.a. im Textilbereich und in persönlichen Dienstleistungen (Keil 1991, 120). Die Mehrzahl dieser neuen Arbeitsplätze ermöglichen bei weitem nicht die gleichen Einkommen wie die der abgewanderten fordistischen Industrien; sie werden häufig mit den neuen lateinamerikanischen Immigranten besetzt, von denen sich viele illegal in den USA aufhalten. In der Textilindustrie, die größtenteils in Sweatshops stattfindet, arbeiten 125.000 Menschen, davon sind ca. 80% illegal arbeitende Frauen aus Lateinamerika (Mayer 1990). Die Bevölkerungsstruktur in South Central, wo heute auf 25 Quadratmeilen 523.000 Einwohner wohnen, veränderte sich zwischen 1980 und 1990 durch massive hispanische Einwanderung: South Central verlor 48.000 schwarze Einwohner, während die hispanische Bevölkerung um 146.000 zunahm. Das Verhältnis, das 1980 noch aus 65% Schwarzen zu 17% Hispanics bestanden hatte, sah 1990 55% Schwarze gegenüber 45% Hispanics, und vor allem ihnen gelang es, die in der Gegend angebotenen Niedriglohnjobs an sich zu ziehen.

Während die kalifornische Wirtschaft sich an die international veränderten Konkurrenzbedingungen anpaßte, erlitt South Central bereits die lokal sehr spezifischen Auswirkungen der ökonomischen Restrukturierung: das Verschwinden relativ gut bezahlter Arbeitsplätze in der Fertigung, die Abwanderung der schwarzen Mittelklasse, und den zunehmenden Widerwillen großer Firmen, sich hier zu engagieren. Das jährliche Pro-Kopf-Einkommen betrug hier folglich 1990 nur \$ 7.600, 52% weniger als das für LA County insgesamt. Die Arbeitslosenrate betrug 1990 7,1% (in Los Angeles County 5,8%); unter schwarzen Teenagern in South Central allerdings betrug sie 43,8% (Census Bureau Survey). Schon 1989 fand eine Studie der *Southern California Association of Governments*, daß die Bezirke von Los Angeles »ein Land der Reichen und der Armen werden, mit wenigen Leuten dazwischen.« Sie konstatierte, daß »soziale Ungleichheit und Armut heute in Los Angeles ausgeprägter als vor zwei Jahrzehnten« seien, vor allem wegen eines massiven Exodus der Mittelklassen, die »die Region denen abtreten, die sich 500.000 Dollar oder mehr für ein normales Haus leisten können, und den verarmten und unqualifizierten hispanischen Immigranten, den armen Schwarzen, die größtenteils aus dem öko-

nomischen Aufschwung ausgegrenzt blieben, und der neuen Welle unternehmerischer Asiaten.« (Reinhold 1989)

Viele dieser »unternehmerischen« asiatischen einwanderer siedeln sich in Korea-Town, an der Nahtstelle zwischen South-Central und Downtown an. Ihre kleinen Unternehmensgründungen wurden von der Bradley-Regierung massiv unterstützt: in ihnen wurde eine stabilisierende Funktion als Puffer zwischen den farbigen Stadtteilen des Südens und Ostens und dem internationalen Kapital in Downtown gesehen. Während der riots gingen wohl 200 koreanische Läden in Flammen auf - und damit womöglich Bradleys Modell, asiatische Kleinunternehmer in seinen Ausbau der Weltstadt einzubinden.

Vor zwei Jahren ist Kalifornien von der Rezession eingeholt worden, Raumfahrt- und militärische Industrie werden geschrumpft, andere Firmen wandern angeblich wegen der relativ strikten Umweltauflagen ab. Der Verlust an Arbeitsplätzen betrug während der beiden letzten Jahre jeweils etwa 333.000 (2,6% der gesamten nichtlandwirtschaftlichen Beschäftigung), die kalifornische Arbeitslosenquote erreichte im März 1992 8,5% (nationaler Durchschnitt: 7,3%), unter Schwarzen und Hispanics liegen die Werte um einiges höher, unter schwarzen Teenagern inzwischen bei fast 60%. Gleichzeitig sind - seit der Steuerrebellion, die in den 1970er Jahren in Kalifornien ihren Ausgang nahm - die Ressourcen des Einzelstaats und der Lokalstaaten stark eingeschränkt und von weiteren Krüzungen bedroht. Im kalifornischen Staatshaushalt klafft 1992 ein Loch von 14 Milliarden Dollar, was drastische Kürzungen bei sozialstaatlichen Manahmen bedeutet. Für Viertel wie South Central gibt es weder ordentliche Schulen, noch staatliche Ausbildungs- oder Umschulungsprogramme; es gibt kaum Banken und keinen Zugang zu Finanzierungs- und Kreditmöglichkeiten.³ Was es gibt, sind Drogen, gang-warfare, Kriminalität, polizeistaatliche Kontrolle und Aufrüstung. Die alltägliche soziale und polizeiliche Gewalt betrifft systematisch Schwarze und Latinos, vor allem Jugendliche, die in regelmäßigen, unter dem Vorwand der Drogenkriminalität organisierten Raz-zien kontrolliert und zu hundert verhaftet werden (Vgl. Dunne 1991) Wer es sich leisten kann, versucht, seinen Kindern eine sicherere Umgebung zu bieten, d.h. räumliche Distanz zwischen sich und die »black underclass« zu legen.

Dies Verhalten verschärft die sozialräumliche Segregation weiter und intensiviert die Konzentration der Armut, vertieft die Kluft zwischen »us« (suburbanites) und »them« (inner cities), wie William Fulton (Herausge-

3 In ganz Los Angeles gibt es nur eine von Schwarzen geführte Bank, die *Founders National Bank*.

ber von *California Planning and Development*) in der *L.A. Times* schrieb: »But the social problems we strive to distance ourselves from can get into their own cars and follow us.«

Diese häufig geäußerte Wahrnehmung einer separaten (und bedrohlichen) schwarzen »underclass« trifft jedoch keineswegs die soziologische Realität. In Gegenden wie South Central leben nicht nur Crips und Bloods, Jugendgangs, die den Drogenhandel kontrollieren und sich durch Waffengewalt Identität und Macht zu sichern suchen. Allerdings hat die Gewalt unter jungen schwarzen Männern inzwischen solche Ausmaße angenommen, daß Mord zur häufigsten Todesursache avanciert ist.⁴ 1991 wurden in den USA 4.000 Fälle von Mord oder Totschlag im Zusammenhang mit Gang-Aktivitäten registriert. Andrew Hacker verweist in seinem neuen Buch, *Two Nations: Black and White, Separate, Hostile, Unequal*, auf die Verzweiflung, die dieser Gewalttätigkeit zugrunde liegt: »These are young men who do not know whether they will live another year, and many have given up caring.« Dies ist - im Vergleich zu den 60er Jahren - eine erschreckende, neue Dimension der Realität schwarzen Lebens in den verfallenden amerikanischen Innenstädten.

Daneben versuchen in solchen und ähnlichen Stadtteilen Amerikas etwa 20 bis 30 Millionen Menschen (verschiedener Herkunft, wenngleich meist in ethnisch und rassistisch segregierten Nachbarschaften, vgl. Galster 1987) zu überleben, deren Schwierigkeiten keineswegs mit dem sich jetzt in den Medien ausbreitenden Diskurs über die tendenziell kriminelle, wohlfahrtsabhängige schwarze »Unterklasse« erklärt werden können.⁵ Da die heute expandierenden wirtschaftlichen Sektoren alle auf einem hohen Anteil flexibler und nicht-garantierter Arbeitsplätze basieren (Harrison/Bluestone, 1987), braucht es nicht zu verwundern, da der Anteil der arbeitenden Bevölkerung mit Einkommen knapp unter der Armutsgrenze signifikant zugenommen hat und die Ungleichheit der Einkommen sich verschärft hat. Am 12. Mai veröffentlichte die U.S. Regierung (mit einiger Verzögerung) einen Bericht, nach dem der Prozentsatz der Vollerwerbstätigen, die weniger als 12.195 Dollar im Jahr (also 6,10 \$ pro Stunde) verdienen, von 12,1% im Jahre 1979 auf 18% im Jahr 1990 angestiegen ist - in einer Dekade wirtschaftlicher Expansion, die den Wohlhabenden immensen neuen Reichtum brachte (*International Herald Tribune*, 13.5.

4 Einer von fünf schwarzen amerikanischen Männern verbringt einen Teil seines Lebens im Gefängnis. Die Schwarzen machen 12,1% der Bevölkerung aus, aber fast die Hälfte der Gefängnisinsassen sind schwarz.

5 *Wall Street Journal* - 5. Mai 1992: »America is now supporting a very large welfare population characterized by unwed mothers and idle teenagers, who turn easily to crime and hooliganism. The police in major cities, including Los Angeles, have in effect lost control of the streets to gangs that have grown prosperous on drug money.«

1992: »U.S. Delayed Report on the Wage Gap«).⁶ Das angebliche Wunder der »job creation« während der 80er Jahre hat v.a. Millionen von Teilzeitjobs und Niedriglohnarbeitsplätzen geschaffen, so daß die sich vormals in der Mittelklasse wöhnenden amerikanischen Arbeiter nun in zwei oder gar drei Jobs arbeiten müssen, um ein Auskommen zu finden. Die Aussicht, daß ein stetiges ökonomisches Wachstum wachsende Löhne und steigende steuerliche Ressourcen für staatliche Programme bieten könnte, ist dahin.

Um diese »working poor« ging und geht es im öffentlichen Diskurs freilich nicht. Für die Politiker zählen nur die (vorstädtischen) Mittelklassen, deren Stimmen (bei Präsidentschaftswahlen) von 1968 bis 1988 von 36 % auf 48 % angewachsen sind (Siegel 1992). Die Abnahme des öffentlichen Interesses für innerstädtische Probleme ging mit dem Bevölkerungsverlust der Städte und ihrem Verlust an politischer Macht Hand in Hand. In dem Maß wie die Nation »suburbanisierte«, verschwanden die städtischen issues von der Tagesordnung. Vor allem die Republikanische Partei konnte die Städte ignorieren, denn ihre Wähler leben in Suburbia und den neuen »post-suburbanen« Städten. Es scheint, als könnten die Probleme der Großstädte und die Frustrationen der städtischen Minderheiten nur durch gewalttätigen Aufruhr wieder in die Schlagzeilen und Politikerreden gelangen.

Jetzt breiten sich Kolumnisten und Politiker über die »wahren Ursachen« des Aufstands aus - allerdings kaum um sie zu analysieren oder Gegenstrategien zu entwickeln. Immerhin kann man jetzt erfahren, da die Armutsrate in Amerikas Großstädten heute höher als vor 25 Jahren ist (für Schwarze wie für Weiße); da mehr Menschen als je zuvor »Foodstamps« beziehen (25,4 Millionen); da mehr Obdachlose als je zuvor auf den Straßen leben (vgl. Burt 1991), und da sich die Armut räumlich stärker konzentriert hat. Diese »Negativa« werden jedoch nicht als Aspekte des gegenwärtig stattfindenden Anpassungs- und Umstrukturierungsprozesses präsentiert, die durch (v.a. bundes-)staatliche Maßnahmen noch befördert wurden.

6 Vgl. auch den Bericht in der *New York Times* - vom 5. März 1992: »The 1980's: A Very Good Time for the Very Rich«, den Clinton in seinen Wahlkampfveranstaltungen noch tagelang in die TV-Kameras schwenkte. Untertitel und eine eindrucksvolle Graphik auf der ersten Seite brachten die Ergebnisse der Untersuchung des *Congressional Budget Office* zur Einkommensentwicklung zwischen 1977 und 1989 auf einen deutlichen Nenner: »Data show the top 1% got 60% of Gain in Decade's Boom.« Nicht nur eine marginale »underclass«, sondern die unteren - aller Haushalte hatten Einkommenseinbußen zu verkraften.

Auch Bush suchte nach »tieferliegenden Ursachen«. Zunächst präsentierte er die Unruhen als Ausschreitungen gesetzloser Krimineller, die mit »law & order« zu reglementieren seien. Als dies jedoch einen merklichen Abfall in seinen »ratings« produzierte, suchte er der öffentlichen Meinung mit Reformvorschlägen zu entsprechen. Sein Pressesprecher Marlin Fitzwater hatte die Parameter für die tagelang in den Medien geführte Debatte über die Gründe der Unruhen gesetzt: verantwortlich für die innerstädtischen Probleme seien die (vom Demokratischen Präsidenten Lyndon B. Johnson) lancierten Wohlfahrtsprogramme und die Bürgerrechtsgesetzgebung. Obwohl Reagan und Bush seit 12 Jahren nach Kräften bundesstaatliche Verantwortung für eine Reihe dieser sozialstaatlichen Manahmen abschütteln, ist es der Republikanischen Partei immer noch daran gelegen, die »culture of dependency«, die durch Johnsons *Great Society*-Programme befördert worden sei, zu beseitigen (vgl. William J. Bennett im *Wall Street Journal*, 12. Mai 1992: »The Moral Origins of America's Urban Crisis«). Seit Reagans Anti-Welfare-Rhetorik wird populistischer Widerstand gegen sozialstaatliche Ausgaben geschürt, mit der Folge, daß Sozialhilfeempfänger effektiv marginalisiert wurden. Die Demokratische Partei ihrerseits befürchtet, durch ausgabenintensive Sozialpolitik in den Ruf geraten zu sein, Minderheitenpolitik auf Kosten des weißen Mittelstands zu betreiben (weshalb sich sämtliche Präsidentschaftskandidaten exklusiv zum Fürsprecher der Mittelschichten machen)

Die Rede von der »Welfare Queen«, die sich angeblich an verschiedenen Wohlfahrtszahlungen gleichzeitig bereichert, lenkt nicht nur davon ab, wie einzelne Programme durch ihren Zuschnitt selbst zur Zerrüttung und weiteren Abhängigkeit der Wohlfahrtsempfänger beitragen; sie lenkt auch davon ab, daß die Kürzungen, Streichungen, Herabzonierungen auf lokale oder einzelstaatliche Ebene, und Privatisierungen während der Reagan/Bush-Jahre enorm zur verschärften sozialräumlichen Ungleichheit beigetragen haben: Zwischen 1981 und 1992 sanken die Bundesausgaben für sozialen Wohnungsbau (von dem Schwarze überproportional profitiert hatten) um 82%, die für Ausbildungs-, Umschulungs- und Beschäftigungsprogramme um 63%, die für Stadtteil- und soziale Dienstleistungen (Community Service & Social Service Block Grant Programs) um 40% (Center on Budget and Policy Priorities). Der Bundeszuschuß für städtische Haushalte machte 1980 noch 17% kommunaler Ausgaben aus, und war bis 1990 auf 6% gefallen (im gleichen Zeitraum expandierten die städtischen Budgets - v.a. wegen steigender Sozial- und Gesundheitskosten - um 95%). Die Pro-Kopf-Ausgaben der Kommunen und Einzelstaaten kletterten zwischen 1984 und 1988 um 31% (Christopherson 1992, 34-35). Die konservativen Bundesregierungen strichen nicht nur Armuts-

programme, sondern blockierten auch die Politik der Civil Rights Commission und beendeten Programme, die rassistischer Diskriminierung am Wohnungs- und Arbeitsmarkt und im öffentlichen Dienst entgegenwirkten.

Die Reorganisation und Privatisierung staatlicher Dienstleistungen, wie sie von den Reagan- und Bush-Administrationen durchgesetzt wurden, ermöglichte der Republikanischen Partei, die Macht der bislang liberalen bundesstaatlichen Bürokratie zu unterminieren, und den traditionell demokratisch regierten alten Städten des Nordostens Ressourcen zu entziehen, um sie den Republikanischen Wählern in Suburbia zukommen zu lassen (Edsall/Edsall 1991). In der Folge konnten die städtischen Zentren, die sich mit zerfallender Infrastruktur und zunehmend ökonomisch peripheren Bevölkerungsgruppen belastet sahen, kaum noch mit den wachsenden suburbanen Zentren konkurrieren, der Abstand zwischen »Central City« und »Sub-urb« wird zementiert.

Zur Bekämpfung dieser innerstädtischen Problemzonen holte Bush nun seinen rechten Stadtentwicklungsminister Jack Kemp aus der Versenkung, der bislang wegen seines Enthusiasmus für Anti-Armutsprogramme eher suspekt war. Kemp will den Armen eine Chance geben, reich zu werden, indem er den Markt zur Erzielung sozialer Zwecke einsetzen will.⁷ Seine republikanischen Kollegen sowie das Weiße Haus waren seinen Vorschlägen gegenüber bisher sehr skeptisch, weil sie dem Armutproblem zu »mehr Visibilität« verhelfen werden und zu mehr Ausgaben drängen würden (White House Planning Dokument von 1990, zitiert in *International Herald Tribune*, 8. Mai 1992).

Nachdem die städtischen Probleme nun mehr im öffentlichen Licht stehen als Bush lieb sein kann, präsentiert er der Nation ein Sechs-Punkte-Programm, dessen Elemente in verschiedenen Versionen bereits im Kongreß vorlagen bzw. vorliegen oder z.T. von Bush selbst abgeschmettert wurden. Das Programm sieht, neben \$ 600 Millionen für unmittelbare Wiederaufbausubventionen und -darlehen und einem weiteren 600 Millionen Kredit-Paket für Wohnungsbau, folgende Punkte vor: ein sog. »Weed and Seed«-Programm (19 Millionen Dollar), mit dem in bestimmten Stadtvierteln zunächst Drogenhändler »ausgemerzt« und dann Sozialprogramme etabliert werden sollen; stärkere Finanzierung für das sog. »HOPE«-Pro-

7 Der National Conference of Mayors erklärte er vor kurzem: »We can't preach democratic capitalism for Moscow City unless we practice it in Kansas City. We can't demonstrate our profoundest hope for freedom, private property and equality for eastern Europe unless we help make it work in east St. Louis, east Harlem and east Los Angeles.« (Wall Street Journal Europe, 11. Mai 1992).

gramm, bei dem Mieter im sozialen Wohnungsbau (mit subventionierten Finanzierungsmethoden) zu Eigentümern transformiert werden sollen; mehr Geld für sog. Unternehmenszonen, d.h. steuerliche Anreize für Firmen, sich in bestimmten innerstädtischen Zonen anzusiedeln (36 Einzelstaaten praktizieren bereits diverse Versionen solcher »Enterprise Zones«, deren Effektivität als problematisch gelten darf);⁸ sowie Reformen in der Wohlfahrtsgesetzgebung, die Sozialhilfeempfänger etwas unternehmerischer machen sollen.

Obwohl es richtig ist, daß der traditionelle liberale Wohlfahrtsstaat den tiefen gesellschaftlichen Spaltungsprozessen nicht gegensteuern kann, wird dies Bush's Strategie der »1000 Points of Light« noch weniger gelingen. Indem diese Kampagne so tut, als könnte »individual empowerment« die durch ökonomische Umstrukturierung und konservative Politik herbeigeführte massive Ungleichheit aufheben, sanktioniert sie die Ausgrenzung deren, die es nicht schaffen, als Arbeitsscheue und tendenziell Kriminelle.

Das werden - unschwer vorhersehbar - die bereits jetzt ökonomisch isolierten und paramilitärisch kontrollierten farbigen Bevölkerungsgruppen sein. Es wird keine Einigung und keinen Protest von seiten rechtschaffender Bürger, auch der liberalen nicht, geben, wenn die neuen Formen eines codierten Rassismus nicht durchbrochen werden. Dieser Rassismus äußert sich seit längerem in einem Diskurs, der die Situation der amerikanischen Schwarzen in rassenneutralen Begriffen faßt: »welfare-dependency«, »underclass«, »ghetto poor«, »quotas«, ect. erscheinen neutral, jedoch gemeint ist immer nur die farbige, vor allem die schwarze underclass.⁹ Die soziale und kulturelle Distanz der Mittelklasse gegenüber dieser »bedrohlichen« Unterklasse, die sich schon lange vor dem Aufstand etablierte, wird durch solchen Diskurs legitimiert und intensiviert - und resultiert in der Entschuldigung breiter Teile der Bevölkerung für brutales polizeiliches Vorgehen gegenüber solch »gesetzlos bedrohlichen« Elementen. Sie resultiert in weißen Juries, die brutalstes polizeiliches Vorgehen rechtfertigen, weil sie meinen, es herrsche eine Art Krieg zwischen einer gesetzestreuem Öffentlichkeit und einem Heer Krimineller andererseits - und die Polizei kämpft an dieser »inneren Front«.

8 Die Demokraten hatten ein »Urban Enterprise«-Programm als Teil eines Steuergesetzes vorgelegt - es wurde von Bush gerade erst im März 1992 abgelehnt.

9 So auch im wissenschaftlichen Diskurs, etwa bei William J. Wilson 1989, *The ghetto Underclass: Social Science Perspectives*, *Annals*, Vol. 501.

Literatur

- Martha R. Burt, *Over the Edge: The Growth of Homelessness in the 1980s*. Urban Institute Press and Russell Sage Foundation, 1991.
- Susan Christopherson, *How the State and the Market are Remaking the Landscape of Inequality*, Ms. Cornell University, 1992.
- Mike Davis, *City of Quartz. Excavating the Future in Los Angeles*. London/New York: Verso, 1990.
- Thomas Byrne Edsall, Mary D. Edsall, *Chain Reaction: The Impact of Race, Rights, and Taxes on American Politics*. New York: W.W.Norton, 1991.
- John Gregory Dunne 1991: *Law and Disorder in Los Angeles*, *New York Review of Books*, 10th. Oct, 1991.
- George Galster, »The Ecology of Racial Discrimination in Housing,« *Urban Affairs Quarterly* 23/1, September 1987, S.84-107.
- Andrew Hacker, *Two Nations: Black and White, Separate, Hostile and Unequal*. New York: Scribners, 1992.
- Bennett Harrison, Barry Bluestone, *The dark side of labor market »flexibility«: Falling wages and growing income inequality in America*. ILO, *World Employment Programme Research*, Working Paper 17, Oktober 1987.
- Roger Keil, *Welt-Stadt - Stadt der Welt: Internationalisierung und Lokale Politik in Los Angeles*. Dissertation Frankfurt 1991.
- Margit Mayer, »Lokale Politik in der unternehmerischen Stadt,« in: Renate Borst u.a., Hg., *Das neue Gesicht der Städte*. Basel: Birkhäuser, 1990.
- Robert Reinhold, »Los Angeles Dream is Dying for Some, Thriving for Others,« *New York Times*, 28. August 1989.
- Fred Siegel, Warten auf »Lefty«, *tageszeitung* 4. Mai 1992, S.11.
- sowie *Los Angeles Times* und *International Herald Tribune* der zwei Wochen nach dem 29. April 1992.